



Lübeck, 19.01.2023

**Stellungnahme der Kreis- und Stadtelternervertretung Lübeck zum Antrag
VO/2022/10755-06: Entgeltordnung für die Kindertageseinrichtungen in der
Trägerschaft der Hansestadt Lübeck**

Sehr geehrte Senatorin Frank, sehr geehrte Damen und Herren des Bereichs 4.511
Städt. Kindertageseinrichtungen, sehr geehrte Mitglieder des
Jugendhilfeausschusses,

seit nunmehr einem Jahr debattieren wir in diesem Ausschuss, aber auch in
Gesprächen mit der Verwaltung und anlässlich des Jour fixe mit Frau Senatorin
Frank über den Entwurf einer neuen Entgeltordnung für die Kindertagesstätten
der Hansestadt Lübeck. Dass wir dies tun, ist ein gutes Zeichen – denn es
bedeutet, dass die demokratischen Strukturen in Lübeck äußerst lebendig sind
und um die besten Argumente, aber immer in der Sache, gerungen wird.
Ausdrücklich begrüßen wir daher die konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen
allen.

Unsere Positionierung in dieser Debatte finden Sie in unseren Stellungnahmen
vom 28.01.2022 und 29.08.2022. Kurz zusammengefasst: Als Kreis- und
Stadtelternervertretung Lübeck befürworten wir den Vorschlag, Lübecker Eltern –
unabhängig von der gewählten Betreuungsform - bei den Kosten für die
Betreuung ihrer Kinder zu entlasten. Eine weitere Ungleichbehandlung von
Familien mit Kindern in Betreuung bei freien Trägern ist nicht hinnehmbar. Klar ist
jedoch auch, dass wir weiterhin gleich gute Bedingungen für alle Lübecker
Familien wollen. Dazu gehört für uns in der derzeitigen wirtschaftlichen- und
sozialen Krise einen Weg der Entlastung zu finden, der möglichst alle Lübecker
Familien mit Kindern in Betreuung erreicht.

Jegliche Erweiterung der Sozialstaffel halten wir als Instrument für nicht wirksam,
- wenn auch nicht für schädlich -, da nicht klar ist, wie viele Eltern tatsächlich
dadurch Entlastungen erfahren. Viele Eltern vermeiden auch das dafür



Stadtelternvertretung

notwendige und sehr bürokratische Antragsverfahren. Wir wünschen uns eine Deckelung der Verpflegungskosten, gültig für alle Träger in der Hansestadt, so wie es zum Beispiel Kiel handhabt und auf nicht allzu lange Sicht freien Zugang zu frühkindlicher Bildung für alle Kinder Lübecks – dazu gehört eine kostenfreie Betreuung und Versorgung.

Daher sehen wir mit großer Sorge, dass die Debatte um die Erhöhung der Verpflegungskosten und die Reduzierung beziehungsweise die Verschiebung von Kernzeiten der Betreuung nicht mehr nur die städtischen Träger betrifft, sondern auch freie Träger wie das Kitawerk, das diesen Schritt ihrer Elternschaft angekündigt hat. Eine bisher in der Grundfinanzierung enthaltene Betreuungszeit darf nicht zukünftig zu einer kostenpflichtigen Randzeit werden. Kritisch betrachten wir auch die Reduzierung von Betreuungszeiten bei gleichbleibenden Betreuungsgebühren aufgrund von Personalmangel, wie es in Einrichtungen bei KinderWege gerade der Fall ist. Wir verstehen, dass dahinter wirtschaftliche und organisatorische Notwendigkeiten der Träger stehen können. Dabei wird leider aber oft übersehen, welche Auswirkungen dies für Eltern hat.

So gibt es erste Eltern, die Aufgrund von Verschiebung von Kernzeiten ihren Arbeitgeber wechseln müssen, um weiter berufstätig sein zu können. Es gibt Eltern, die die Betreuungsausfälle und Reduzierungen in den Kitas nicht mehr kompensieren können und verzweifelt sind. Und es gibt Eltern, die keinerlei Ermäßigungsansprüche haben und dennoch nicht wissen, wie sie die sich stetig erhöhenden Kosten noch stemmen sollen.

Dies sind die multiplen Herausforderungen, vor denen wir als Eltern aber eben auch die für unsere Kinder verantwortlichen Erzieher:innen und die Träger stehen. Es braucht also einen großen Wurf, um die Probleme der Finanzierung von Kinderbetreuung in dieser Stadt zu lösen. Eine Lösung, die alle Verantwortlichen mit ins Boot holt und dabei nicht übersieht, dass es gerade auch am Land Schleswig-Holstein ist, Politik für Eltern und Kinder in den Fokus zu nehmen. Die Verantwortung, Familien zu entlasten, tragen alle politisch Handelnden. Es muss ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden, um die



Stadtelternvertretung

Qualitätsstandards in den Kindergärten des Landes zu sichern und frühkindliche Bildung kostenfrei für alle Kinder zugänglich zu machen. Nicht hinnehmbar ist es, dass Eltern die Lasten einer verfehlten Kitapolitik durch Beitragserhöhungen – sei es bei den Verpflegungskosten oder durch die Ausweitung kostenpflichtiger Randzeitbetreuung – schultern sollen. Für uns ist weiterhin klar: alle Familien Lübecks müssen in ihren Einrichtungen gleich gute Bedingungen vorfinden.

Als Kreis- und Stadtelternvertretung möchten wir daher die beteiligten Lübecker Entscheider:innen bestehend aus den Trägervertreter:innen und den Vertreter:innen aus Verwaltung und Kommunalpolitik an den gemeinsam an einen „Runden Tisch Kinderbetreuung“ bitten, bei denen alle Beteiligten ihre Nöte und Sorgen formulieren können und gemeinsam Lösungen finden. Lassen Sie uns gemeinsam für die Kinder und Eltern dieser Stadt handeln!

Mit freundlichen Grüßen,

Mascha Benecke-Benbouabdellah – 1. Vorsitzende SEV Lübeck

Tanja Friede – 1. Vorsitzende KEV Lübeck

Tatjana Kröhle – 2. Vorsitzende KEV Lübeck

René Weigel – 2. Vorsitzender SEV Lübeck